



RüstungsInformationsBüro

Informationsportal zu Rüstungsproduktion und Export

www.rib-ev.de

Gegenanträge von Jürgen Grässlin und Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! zur Hauptversammlung der Heckler & Koch AG am 21. September 2018

Zu Tagesordnungspunkt 3 Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands

Die Mitglieder des Vorstandes werden nicht entlastet.

Begründung:

Die Chaostage, die der H&K-Vorstand für 2017 und 2018 verantwortet, haben das Renommee und das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Heckler & Koch AG ins Bodenlose abstürzen lassen. Die Hauptversammlung (HV) 2017 fand in einem völlig überfüllten und überhitzten Raum des Wellness-Hotels „Züfle“ in Sulz-Glatt statt. Für Juni wurde mit dem Rathaus in Oberndorf erneut eine unangemessene Räumlichkeit gewählt. Geradema vier Tage vor dem HV-Termin am 26. Juni erhielten H&K-Aktionäre (auch ich) ein Schreiben der Vorstände Dr. Jens-Bodo Koch und Wolfgang Hesse mit der Absage zugesandt.

Desaströs ist die Finanzpolitik. Diese führte dazu, dass Moody's das Rating für H&K auf Caa1 absenkte. „Ramschniveau“ bewerteten Medien diese Einstufung. Die Folge: Keine seriösere Finanzpolitik, sondern die Kündigung für die beiden Ratingagenturen Moody's und S&P.

Menschenverachtend ist die Geschäftspolitik. Die Versprechungen des H&K-Vorstandes, wonach fortan Kriegswaffen ausschließlich in „grüne Länder“ (NATO-Staaten, NATO-assozierte Staaten und EU-Staaten) exportiert würden, stehen in krassem Widerspruch zu den 2017 erfolgten Kriegswaffenlieferungen in „gelbe“ oder gar „rote“ Länder.

Zu ihnen zählen Staaten wie Indonesien, Malaysia und Südkorea, die als „Altaufträge“ ausgeführt werden sollten. Laut Beschluss des Bundessicherheitsrates (BSR) und des Vorbereitenden Ausschusses der Bundesregierung von 2016 durften diese Staaten – rein rechtlich – mit Kleinwaffen von H&K beliefert werden. So genehmigte der BSR u.a. den Export hunderter vollautomatischer Gewehre, zahlreicher Anbaugeräte, Maschinengewehre und Maschinenpistolen nach Indonesien.

Des Weiteren genehmigte der BSR den Export Hunderter vollautomatischer Gewehre, Maschinenpistolen, Maschinengewehre und Waffenteile nach Malaysia. Südkorea konnte mit Hunderten vollautomatischer Gewehre und Gehäuseoberteilen beliefert werden. Der H&K-Vorstand verkündete, diese Aufträge 2017 und danach auszuführen.

Staaten wie Indonesien und Malaysia stehen in der Tradition skrupelloser Kriegswaffenlieferungen nach Mexiko trotz desaströser Menschenrechtsslage. Bereits ab 2006 (dem Beginn illegaler Lieferungen von 4702 G36-Sturmgewehren in vier verbotene

Unruheprovinzen) hätte Mexiko als „blutrotes Land“ eingestuft werden müssen. Siehe hierzu die Berichterstattung des GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE (siehe www.gn-stat.org) in mehreren Weltsprachen.

Laut Jahresbericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) 2018 für 2017 muss die Menschenrechtssituation in Indonesien und Malaysia als katastrophal bezeichnet werden. Südkorea befindet sich in einem ausgeprägten Spannungsverhältnis zu Nordkorea.

Die Folgen dieser fortgeführten Rüstungsexportpolitik an menschenrechtsverletzende Staaten sind Verstümmelung und Tod für Abertausende weiterer Menschen. Dafür wird der Vorstand der H&K AG massiv Mitverantwortung tragen.

Das GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE wird in den kommenden Jahren weltweit über die fatalen Folgen der H&K-Kriegswaffenlieferungen berichten. Über Ärzteorganisationen, wie der IPPNW (siehe <https://www.ippnw.de/internationales/ippnw-international.html>), und über Menschenrechtsorganisationen, werden wir den Opfern des Einsatzes von H&K-Waffen eine Stimme geben. Und wir werden die Verantwortlichen in Täterprofilen auf der Website des GN-STAT weltweit publik machen.

In intensiver Zusammenarbeit mit der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ (siehe www.aufschrei-waffenhandel.de), mit der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (www.dfg-vk.de) und mit Ohne Rüstung leben (<https://www.ohne-ruestung-leben.de/aktuell.html>) werden wir die Geschäftspolitik der H&K AG weiterhin äußerst kritisch begleiten.

Denn auch die Behauptung der H&K-Führung, die „Grüne-Länder-Strategie“ sei moralisch und ethisch vertretbar, weckt große Zweifel. In den USA – laut H&K ein „grünes“ Land – errichtet unser Unternehmen zurzeit in Georgia eine Pistolenfabrik. Dabei sterben in den USA täglich im Durchschnitt mehr als 50 Menschen durch den Einsatz von Kleinwaffen, wie Pistolen, Maschinenpistolen, Sturm- und Scharfschützengewehren – eingesetzt bei Amokläufen, Schulmassakern, Terroranschlägen und Suiziden. Der öffentliche Protest gegen den nahezu freien Verkauf dieser Waffen hat in den USA 2017 und 2018 massiv zugenommen. Allen voran demonstrieren Schüler landesweit gegen die laxen Waffengesetze unter US-Präsident Donald Trump, die hemmungslos agierende Waffenlobby der National Rifle Association (NRA) und den Waffenverkauf US-amerikanischer und ausländischer Kleinwaffenproduzenten, wie H&K.

Wir bitten die Aktionäre der H&K AG: Schließen Sie sich unseren Gegenanträgen an und übertragen Sie Ihre Stimmrechte auf die Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch (KA H&K), cc RüstungsInformationsBüro, RIB e.V., Stühlingerstr. 7, 79106 Freiburg (www.rib-ev.de) oder auf den Dachverband der Kritischen AktionärInnen in Köln (www.kritischeaktionaere.de).

Zu Tagesordnungspunkt 4: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden nicht entlastet.

Begründung:

Der Aufsichtsrat der Heckler & Koch AG hat bei der vergangenen Hauptversammlung am 15. August 2017 zugesagt, das Ansinnen der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch (KA H&K) in der Unternehmensleitung zu überprüfen, einen OPFERFONDS HECKLER & KOCH einzurichten und zu finanzieren. Diese Zusage wurde erfüllt, wie uns Dieter John, Vorsitzender des Aufsichtsrats, in einem Schreiben versicherte.

Doch, wie Herr John mit Datum vom 8. Dezember 2017 schreibt, hat sich Heckler & Koch „nach intensiver Diskussion aus unterschiedlichen Gründen gegen die Einrichtung bzw. Unterstützung eines Opferfonds entschieden“. Die Entscheidung und auch die Begründung sind angesichts der Bedürftigkeit und Notlage unzähliger Menschen nicht nachvollziehbar.

Der Hinweis, wonach die Forderung nach einem Opferfonds dann „etwa auch an Hersteller von Fahrzeugen, Verkehrsflugzeugen, Haushaltsmessern und andere Branchen“ zu richten sei, klingt geradezu absurd. Als Soldat der Bundeswehr habe ich das G3-Sturmgewehr als eine hochpräzise Tötungsmaschine kennengelernt, mit der in kürzester Zeit per Dauerfeuer viele Menschen erschossen werden können. Ein Vergleich mit den Ihrerseits genannten nichtmilitärischen Produkten verbietet sich schlichtweg.

Aktuelle Sturmgewehre von Heckler & Koch (siehe <https://www.heckler-koch.com/de/produkte/militaer/sturmgewehre.html>) – wie das in Mexiko von teilweise hochkorrupten Polizisten und von Drogenbanden tausendfach zum Töten und zur Ermordung Unschuldiger tagtäglich eingesetzte G36 – weisen laut Waffenwerbung eine Kadenz von 600, 700 und mehr Schuss pro Minute auf. Hierbei handelt es sich perfektionierte Tötungsprodukte aus dem Hause Heckler & Koch, die weltweit von Soldaten, Sicherheitskräften, Guerillaeinheiten und auch vielfach von Terroristen eingesetzt werden.

Die Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch (KA H&K) suchen weiterhin die ernsthafte Diskussion mit Aufsichtsrat und Vorstand zu Gründung eines OPFERFONDS HECKLER & KOCH. Über die Ausgestaltung dieses Fonds wollen wir mit der H&K-Führung, mit Friedens-, Menschenrechts-, Ärzte- und Opferverbänden sowie mit Kirchen und Gewerkschaften in Kontakt treten.

Nicht länger darf die H&K-Führung das weltweite Massenmorden mit H&K-Waffen verdrängen und ausblenden. Das GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE (siehe www.gn-stat.org) wird in den kommenden Jahren über die fatalen Folgen der H&K-Kriegswaffenlieferungen an menschenrechtsverletzende Staaten – wie Mexiko, Indonesien, Malaysia u.a.m. – sowie an kriegführende Staaten – wie die USA u.a.m. – in mehreren Weltsprachen umfassend recherchieren, publizieren und informieren. Wir werden dabei den Opfern eine Stimme und den Tätern der Heckler & Koch AG in Form von Täterprofilen ein Gesicht geben.

Und wir werden die Fälle des H&K-Waffeneinsatzes – der bis zum heutigen Tag mehr als zwei Millionen Menschen das Leben gekostet und weitaus mehr Menschen verstümmelt, verkrüppelt und traumatisiert hat – auf der GN-STAT-Website weltweit thematisieren. Wo Heckler & Koch illegal exportiert, werden wir – wie des Einsatzes der 4702 G36-Sturmgewehre in den mexikanischen Unruheprovinzen Chihuahua, Chiapas, Guerrero und Jalisco – weitere Strafanzeigen stellen. Dabei werden mit im Rahmen des GN-STAT mit Menschenrechtsanwälten in aller Welt zusammenarbeiten.

Wir bitten die Aktionärinnen und Aktionäre der H&K AG: Schließen Sie sich unseren Gegenanträgen an und übertragen Sie Ihre Stimmrechte auf die Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch, cc RüstungsInformationsBüro, RIB e.V., Stühlingerstr. 7, 79106 Freiburg (www.rib-ev.de) oder auf den Dachverband der Kritischen AktionärInnen in Köln (www.kritischeaktionaeere.de).